



Vorlage an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Titel: **Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 29. Oktober 2013**

Datum: 29. Oktober 2013

Nummer: 2013-382

Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)

**Mündliche Anfragen****für die Landratssitzung vom 29. Oktober 2013**

Vom 29. Oktober 2013

Landrätin Florence Brenzikofer

1.

KASAK 3

Die Vorlage [2012/006](#) "Verpflichtungskredit für das Kantonale Sportanlagen-Konzept 3" (KASAK 3) wurde in der Landratssitzung vom [6. September 2012](#) einstimmig an die Regierung zurückgewiesen mit dem Auftrag zur Überarbeitung des Geschäftes.

Am [15. November 2012](#) wurde die Motion [2012/150](#) von Kari Willimann "Das Hallenbad Gelterkinden muss erhalten bleiben" vom Landrat einstimmig als Postulat überwiesen. Eine baldige Lösung für den Neubau des Hallenbades Gelterkinden ist unbestritten.

Meine Fragen dazu:

1. Wo steht KASAK 3 heute und wann wird die Regierung die Vorlage dem Landrat unterbreiten?
2. Gedenkt die Regierung allenfalls, den Neubau des Hallenbades Gelterkinden aus dem KASAK 3 herauszulösen und die Finanzierung in einer separaten Vorlage zu präsentieren?
3. Besteht die Möglichkeit, aus dem Swisslos-Sportfond Gelder für den Neubau zu beantragen?

2. Landrat Georges Thüring

Umsetzung der Initiative für einen behinderten- und betagtegerechten ÖV

Am [26. November 1998](#) hat der Landrat beschlossen, dass

1. Der nichtformulierten Initiative "für einen behinderten- und betagtegerechten öffentlichen Nah- und Regionalverkehr" wird Folge geleistet.
2. Der Regierungsrat wird beauftragt, eine entsprechende Gesetzesvorlage auszuarbeiten.

3. Der Regierungsrat wird beauftragt dahin zu wirken, dass gesamtschweizerische technische Lösungen für den Behindertentransport ausgearbeitet werden.

Trotz verschiedener mündlicher und schriftlicher Anfragen im Landrat, trotz mehrmaliger Interventionen seitens der Behinderten-Organisationen seither und trotz eines Gespräches mit Regierungsrätin Sabine Pegoraro und dem Kantonsingenieur am 4. Juni 2012 auf der BUD, an dem ich teilnehmen durfte, ist die Baselbieter Regierung diesem klaren Auftrag bis heute nicht nachgekommen.

Diese unverständliche Untätigkeit des Regierungsrates ist nicht nur peinlich, sondern es stellt eine krasse Missachtung eines landrätlichen Auftrages dar und es ist schlicht ein Skandal. Ich weiss, dass sich einzelne Behindertenorganisationen mittlerweile konkrete verwaltungs- respektive verfassungsrechtliche Schritte überlegen. Deshalb möchte ich der verantwortlichen Direktionsvorsteherin mit dieser Anfrage quasi eine letzte Chance zum Handeln geben. In diesem Sinne stellte ich folgende Fragen:

1. Weshalb ist seit dem Gespräch vom 4. Juni 2012 nichts passiert, obwohl man damals gemeinsam der Meinung war, dass die Regierung noch im Verlauf des Oktobers 2012 ein Zeichen setzen sollte - zum Beispiel im Rahmen der - nach wie vor ausstehenden - Beantwortung des Postulates der Kollegin Sara Fritz vom [17. Juni 2010](#)?
2. Wann gedenkt die Regierung, diesen seit 15 Jahren (!) hängigen Auftrag des Landrates umzusetzen.
3. Weshalb nimmt sich die Regierung nicht ein Beispiel am Nachbarkanton, wo dieser Gesetzesauftrag im Rahmen des Paragraphen 13 in dessen ÖVG rasch und unkompliziert bereits vor längerer Zeit gelöst? (Siehe Anhang)
4. Erachtet es die Regierung wirklich als sinnvoll und nötig, dass die Behindertenorganisationen in dieser sehr peinlichen Angelegenheit wirklich den Rechtsweg beschreiten müssen, damit sich im Baselbiet endlich etwas bewegt?

3. Felix Keller, CVP

Fragen zur SVP-Familieninitiative "Steuerabzüge auch für Eltern, die ihre Kinder selbst betreuen" (Volksabstimmung vom 24. November 2013)

Fragen:

1. Wie hoch wären die jährlichen Steuerausfälle für den Kanton und die Gemeinden bei Annahme der Initiative?
 2. Wer, d.h. welche Haushalte würden überhaupt von solchen Abzügen profitieren?
 3. Wieviele Haushalte beanspruchen einen Abzug für Fremdbetreuungskosten?
-

Landeskanzlei Basel-Landschaft